

Aktiv werden mit ACAT

Für eine Welt frei von Folter und Todesstrafe

VORWORT

Liebe ACAT-Mitglieder

Menschen stehen im Zentrum der Arbeit von ACAT: Menschen und ihre missachteten Rechte, Menschen, die sich für Rechte und Würde Anderer engagieren – und dabei oft ihr eigenes Leben riskieren.

Im vorliegenden Bulletin begegnen Sie diesen Menschen wie gewohnt in Form von «Fall»-Beschreibungen: Die empörten Frauen in Mexiko, die gegen einen von unzähligen Frauenmorden demonstrieren und dabei selbst von Sicherheitskräften misshandelt werden (und für die Sie sich mit der Briefaktion einsetzen können). Oder Menschen, für die wir früher Briefe geschrieben haben und von denen wir im Follow-up Neues zu berichten haben – teils gute, teils schlechte Nachrichten.

Doch wir vertiefen auch persönliche Begegnungen: einerseits mit Florence Ngo Hongla, der Leiterin von EMINED in Kamerun, die uns im April besucht hat. In zwei öffentlichen Vorträgen und einem Interview (ab S. 12) berichtete sie über ihre oft belastende Arbeit für die Jugendlichen im Kondengui-Gefängnis in einem Umfeld, wo das Wohl dieser Jugend kaum Stellenwert hat. Dank der unermüdlichen Arbeit von «Maman EMINED» gibt es für manche von ihnen Lichtblicke und Zukunftsperspektiven. Dass Florence bei allem Belastenden ihre Fröhlichkeit, ihr ansteckendes Lachen und ihre positive Einstellung behält, ist ein hoffnungsvolles Zeichen.

Gänsehaut verspürten wir bei der Begegnung mit Gulnar Mamtimin, die ihre Angst vor Repression und persönliche Verletzlichkeit überwand, um ihrem Publikum über die unvorstellbare Drangsaliierung der uigurischen Bevölkerung durch China zu erzählen. Lesen Sie ihren Beitrag ab S. 14.

Schliesslich lassen wir in zwei Nachrufen auch vergangene Begegnungen mit Menschen, die ACAT nahe standen, noch einmal aufleben.

Wir wünschen Ihnen viele gute Begegnungen – sei es bei der Lektüre oder in Ihrem Alltag!



B. Ryser
 Bettina Ryser Ndeye
 Generalsekretärin

INHALT

Dringlicher Appell.....	2
Follow-up unserer Aktionen	3
ACAT international	
<i>FIACAT: Rückblick auf 2022</i>	7
<i>Tagung «Menschenrechte im Krieg» in Münster</i>	7
Förderung der Menschenrechte	
<i>Alternativbericht an das CAT</i>	8
<i>Schweizer Menschenrechtsinstitution endlich aus der Taufe gehoben</i>	9
Direkthilfe	
<i>EMINED: Interview mit Florence Ngo Hongla</i>	10
Vereinsleben	
<i>Nachruf auf Mario Oppizzi</i>	13
<i>Nachruf auf Marie-Jeanne De Waegemaeker</i>	13
Hintergrund	
<i>Ostturkestan: Zeugenaussage</i>	14
Vereinsleben	
<i>Der Vorstand sucht Verstärkung</i>	16
Gebet	16
Impressum	16

MEXIKO

Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für die Opfer von 9N

Vor zweieinhalb Jahren löste die Polizei von Quintana Roo eine feministische Demonstration in Cancún gewaltsam auf. Die Polizisten hielten die Demonstrantinnen fest, folterten sie und verübten sexuelle Gewalt an ihnen.



Mahnwache in Cancún, ein Jahr nach dem Mord an Bianca Alejandrina Lorenzana Alvarado («Alexis»).

Am 9. November 2020 (9N) demonstrierten Hunderte von Menschen in der Stadt Cancún (Bundesstaat Quintana Roo), um Gerechtigkeit für den Feminizid von Bianca Alejandrina Lorenzana Alvarado zu fordern. Die 20-jährige Frau war am 7. November 2020 verschwunden. Am nächsten Tag war ihre Leiche in Müllsäcken am Rande der Stadt gefunden worden.

Die Behörden waren verpflichtet, den Feminizid zu untersuchen und das Demonstrationsrecht zu gewährleisten. Rund 80 Stadtpolizisten lösten die Demonstration jedoch mit unverhältnismässiger Gewalt auf. Sie feuerten mit Schusswaffen und zielten dabei direkt auf drei Personen. Die Opfer erhielten von den Beamten keine Erste Hilfe. Acht Personen, darunter sieben Frauen, wurden willkürlich inhaftiert. Sie wurden gefoltert, zwei von ihnen auch sexuell.

Am 30. November 2020 erkannte die Menschenrechtskommission von Quintana Roo (CDH) an, dass die Stadtpolizei unverhältnismässig viel Gewalt angewendet, willkürliche Festnahmen vorgenommen und die

Opfer unmenschlich und erniedrigend behandelt hatte. Sie erkannte auch an, dass die Generalstaatsanwaltschaft von Quintana Roo versucht hatte, die Opfer für Verbrechen zu beschuldigen, die sie nicht begangen hatten. Die Empfehlungen, die die CDH daraus ableitete, wurden nicht befolgt. Dennoch schloss sie den Fall ab.

Im Mai 2021 wurde der Prozess gegen 14 der Polizisten, die in die Ereignisse von 9N verwickelt waren, endlich eröffnet. Sie wurden wegen Amtsmissbrauchs, Körperverletzung und Diebstahls angeklagt. In den Wochen vor dem Prozess wurden die Opfer vermehrt schikaniert. Sie berichteten ausserdem, dass die Staatsanwaltschaft von ihnen vorgelegtes Material nicht entgegennehmen wollte und beim Sammeln von Beweisen nachlässig vorging. Darüber hinaus sind einige der Angeklagten auf der Flucht. Gegen hochrangige Beamte und die nationale Polizei wurde nicht ermittelt. Mit diesen Folterfällen verstösst der mexikanische Staat offenkundig gegen das Interamerikanische Übereinkommen zur Verhütung und Bestrafung der Folter und die Anti-Folter-Konvention der Vereinten Nationen, die er beide ratifiziert hat. Zudem ist er gesetzlich verpflichtet, den Opfern schwerer Menschenrechtsverletzungen eine Wiedergutmachung zu gewähren. Doch obwohl die Exekutivkommission für Opferschutz in Quintana Roo beschlossen hat, den Opfern von 9N Wiedergutmachung zu leisten, wurden die erlittenen psychosozialen Auswirkungen vernachlässigt und die Opfer nicht wirklich in den Prozess einbezogen. EC

QUELLEN: ACAT-Frankreich, Mexikanische Kommission für die Verteidigung und Förderung der Menschenrechte, Opferkomitee 9N, Front Line Defenders, Amnesty International



Im Interventionsbrief wird die Gouverneurin des Bundesstaates Quintana Roo aufgefordert,

die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um eine effektive und unparteiische Untersuchung der Ereignisse während und nach dem 9N durchzuführen, den Opfern und ihren Familien eine vollständige Wiedergutmachung zu gewähren und dabei die erlittenen physischen und psychosozialen Auswirkungen zu berücksichtigen, den Zugang zur Justiz für die angegriffenen Journalistinnen und Demonstrantinnen zu gewährleisten und sicherzustellen, dass Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger in Quintana Roo ihre Arbeit ohne Einschränkungen oder Angst vor Repressalien fortsetzen können.

Brief an die Gouverneurin des Bundesstaates Quintana Roo

Sra. María Elena Hermelinda Lezama Espinosa
Gobernadora del Estado de Quintana Roo
Palacio de Gobierno
Av. 22 de Enero NO.001 Col. Centro
C.P. 77000. Chetumal
Quintana Roo
MEXIKO

Porto: 2.30 Fr.

Kopie an die Botschaft in Bern

Frau Cecilia Jaber Breceda
Botschafterin von Mexiko
Weltpoststrasse 20
CH-3015 Bern

Porto: 1.10 Fr. (A-Post)

E-Mail: informacionsui@sre.gob.mx

Interventionsfrist:
15. Juli 2023
Vielen Dank!

Follow-up unserer Aktionen

Gute Nachrichten

TOGO – Vielversprechender Prozess für Jean-Paul Oumolou

Am 17. Mai 2023 fand eine Anhörung vor dem Gerichtshof der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) statt, den **Jean-Paul Oumolou** angerufen hatte. Gemäss unseren Informationen folgte der Gerichtshof mehrheitlich den Argumenten von Jean-Paul Oumolous Anwälten. Er befand, die Verteidigungsschrift des togolesischen Staates sei unzulässig und die Behörden seien fahrlässig gegen den ehemaligen Aktivistin vorgegangen. Das Urteil wird am 31. Oktober 2023 verkündet.



Jean-Paul Oumolou, der seit siebzehn Jahren Wohnsitz in der Schweiz hat, war

am 4. November 2021 als Vergeltung für seine politischen Aktivitäten gegen das togolesische Regime festgenommen worden. Die Festnahme erfolgte, als er sich auf der Durchreise in der togolesischen Hauptstadt Lomé befand. Am 4. August 2022 reichte er beim ECOWAS-Gerichtshof Klage wegen Verstössen gegen das Folterverbot, Verletzungen seiner Rechte auf körperliche Unversehrtheit und des Verbots willkürlicher Inhaftierung ein.

Am 15. März 2022 hatten ACAT-Schweiz und ACAT-Togo gemeinsam den Justizminister von Togo angeschrieben, um die Freilassung von Jean-Paul Oumolou zu fordern. Als keine Antwort eintraf, lancierte ACAT-Schweiz im Mai 2022 einen Dringlichen Appell, in dem sie die Freilassung von Jean-Paul Oumolou und den Zugang zu einem Arzt forderte. Wir werden diesen Fall weiterhin aufmerksam verfolgen.

QUELLE: Togolesische Gemeinschaft in der Schweiz (CTS) • DA 05-2022, FU 09-2022

IRAN – Todesstrafen umgewandelt

Im April wurde der Prozess um den Tod eines Miliz-Anhängers vom Obersten Gerichtshof neu verhandelt. Die 14 Beschuldigten waren zuvor zum Tode verurteilt worden. Elf Angeklagte erhielten nun stattdessen mehrjährige Haftstrafen. Drei Männer wurden begnadigt. Das Todesurteil des Arztes **Hamid Ghare Hasanlou** wurde in eine 15-jährige Haftstrafe umgewandelt. Seine ebenfalls angeklagte Ehefrau **Farzaneh Ghare Hasanlou** muss für fünf Jahre ins Gefängnis. Als Folge von Folter ist Hamid Ghare Hasanlou's Gesundheitszustand sehr

besorgniserregend. Auch seiner Ehefrau geht es gesundheitlich schlecht. Trotzdem erhalten die beiden keine medizinische Versorgung. Das Ehepaar wurde der «Verbreitung von Korruption auf Erden» beschuldigt. Der Vorwurf wird von den iranischen Behörden oft verwendet, um Demonstrierende mundtot zu machen. Im gleichen Prozess erhielt der Schauspieler **Hossein Mohammadi**, dem die Todesstrafe drohte, eine 10-jährige Haftstrafe.

Möglicherweise hat der Druck der internationalen Gemeinschaft auf den Iran, an dem sich ACAT sowie sehr viele NGOs beteiligt haben, eine Rolle bei der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs gespielt hat, die von den unteren Instanzen gegen die 14 Angeklagten verhängte Todesstrafe nicht zu bestätigen.

QUELLEN: [IranWire](#), [Tagesspiegel](#), [Human Rights Activists News Agency](#) • DA 01-2023

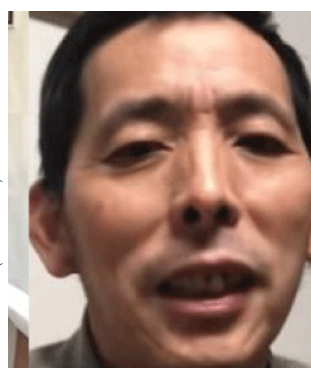


Farzaneh und Hamid Ghare Hasanlou

CHINA – Bürgerjournalist nach 3 Jahren frei

Fang Bin wurde am 30. April nach einer dreijährigen Haftstrafe freigelassen. Der ehemalige Unternehmer war vor drei Jahren verschwunden, nachdem er über die Situation in der Stadt Wuhan nach Ausbruch des Coronavirus berichtet hatte. Er galt lange als vermisst.

Fang Bin soll in einem geheimen Verfahren vor einem Bezirksgericht in Wuhan verurteilt worden sein, weil er «Streit geschürt und Unruhe gestiftet» haben soll. Derzeit soll Fang Bin auf der Strasse leben. Seine Familie wurde offenbar von den Behörden unter Druck gesetzt, ihn nicht aufzunehmen. Er wird angeblich ständig überwacht und hat Schwierigkeiten, eine sichere Unterkunft zu finden. Ein Insider sagte gegenüber Radio Free Asia:



«Fang Bin irrt in seiner Heimatstadt umher und appelliert an Xi Jinping, ihn in Frieden leben zu lassen».

QUELLEN: [Epoch Times](#), [The Guardian](#) • NGW 2020

BILD: Youtube (Screenshot)

Bleiben wir wachsam

RUANDA – Erster Kontakt mit den Behörden

Am 2. Juni besuchten Katleen de Beukeleer und Etienne Cottier von der Geschäftsstelle von ACAT-Schweiz die ruandische Botschaft in Genf. Dort hatten sie ein Treffen mit Botschafterin Chantal Rwakazina. Sie diskutierten über den Reporter **Dieudonné Niyonsenga** und den verstorbenen Journalisten **John Williams Ntwali**.

Dieudonné Niyonsenga wurde 2021 verurteilt, weil er journalistisch tätig war, ohne einen Presseausweis zu besitzen. Er wird derzeit in einem Gefängnis in der ruandischen Hauptstadt Kigali festgehalten. ACAT-Schweiz teilte der Botschafterin ihre grosse Besorgnis über die Situation des Reporters mit, da dieser behauptete, von den Wärtern seiner Zelle mit Stromschlägen traktiert und verprügelt worden zu sein. Laut Quellen aus dem Umfeld von Dieudonné Niyonsenga erhalte er auch nicht das Essen, das er im Gefängnis kauft, und werde von zwei Mithäftlingen schikaniert, die ihn mit dem Tod bedrohen. Die Botschafterin behauptete, sie wisse nichts von Niyonsengas Foltervorwürfen – eine Aussage, die nicht überzeugte. Tatsächlich hatte Niyonsenga bereits während seines Berufungsverfahrens öffentlich über die in der Haft erlittene Folter berichtet. Die Behörden waren also über die Menschenrechtsverletzungen informiert, leiteten jedoch keine Ermittlungen ein, um die Vorfälle aufzuklären. Die ACAT-Delegation forderte die Botschafterin auf, Dieudonné Niyonsenga unbedingt vor jeglicher Form von Misshandlung zu schützen.

Bei dem Treffen wurde auch der Tod des Journalisten John Williams Ntwali angesprochen. Williams Ntwali galt als der letzte unabhängige Journalist in Ruanda. Am 18. Januar 2023 kam er bei einem Motorradunfall ums Leben. Die Umstände des Unfalls lösten bei der internationalen Gemeinschaft scharfe Kritik aus. Das Nichtvorhandensein von Polizeiberichten, die fehlenden Zeitangaben und die Abwesenheit von objektiven Beobachtern während des Gerichtsverfahrens – all dies waren Unregelmässigkeiten, auf die die Botschafterin hingewiesen wurde. Vor seinem Tod hatte der Journalist unter anderem Artikel über Folteropfer veröffentlicht, die sich gegen das Regime des seit über 20 Jahren herrschenden Präsidenten Paul Kagame gestellt hatten.

Schliesslich konnte ACAT bei diesem Gespräch die am Menschenrechtstag 2022 lancierte Petition zugunsten von Dieudonné Niyonsenga mit 3311 Unterschriften überreichen. Die Botschafterin versprach, die Unterschriftenbogen dem ruandischen Justizmi-



Etienne Cottier in Genf, gleich vor der Überreichung der 3311 Unterschriften

nister zu übergeben. ACAT bemüht sich, diesen Dialog direkt mit dem Justizministerium in Ruanda fortzusetzen.

KAMP 12-2022, FU 04-2023

NICARAGUA – Freilassung von politischen Gefangenen

Im Januar 2023 hatten wir uns mit einem Appell, der von ACAT-Spanien vorbereitet worden war, für politische Häftlinge und die Achtung ihrer Rechte in Nicaragua eingesetzt.

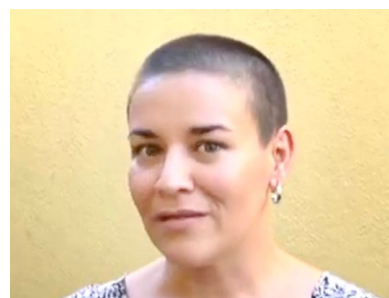
Im Februar berichteten zahlreiche Medien, dass die Regierung Nicaraguas 222 politische Gefangene aus der Haft entlassen hat. Die Freigelassenen wurden umgehend in die USA ausgeschafft. ACAT-Spanien bestätigt, dass sich unter ihnen auch die sechs uns namentlich bekannten Personen befinden:

Tamara Dávila, Ana Margarita Vijil, Dora María Téllez, Roger Reyes, Irvin Larios und Miguel Mendoza.

Laut tagesschau.de hatte das Parlament eine auf die inhaftierten politischen Gefangenen zugeschnittene Verfassungsreform beschlossen, um «Landesverrättern» die nicaraguanische Staatsbürgerschaft zu entziehen. Damit verletzt der Staat Artikel 15, Absatz 2 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, welcher besagt, dass niemandem willkürlich seine Staatsangehörigkeit entzogen werden darf.

Im Gericht habe der Richter die Begründung für die Abschiebung während einer Fernsehübertragung verlesen: «Im Einklang mit der Resolution vom 8. Februar 2023 veranlassen wir die sofortige Ausweisung von 222 Personen. Sie wurden wegen Handlungen verurteilt, die die Unabhängigkeit, Souveränität und Selbstbestimmung des Volkes untergraben, wegen Anstiftung zu Gewalt, Terrorismus und wirtschaftlicher Destabilisierung, aber auch wegen Schädigung der höchsten Interessen der Nation.» Neben Erleichterung darüber, dass zahlreiche Personen der unmenschlichen Haft entkommen sind, gibt es leider weiter Anlass zur Sorge: Nur wenige Tage vor der Entscheidung für die Abschiebung wurden fünf katholische Priester von einem Gericht in Nicaragua zu hohen Haftstrafen aufgrund von «Verschwörung» verurteilt. Es herrsche ein Klima der Angst in Nicaragua, sagt laut tagesschau.de ein anonymer Kontakt aus der Kirche: «Wir können hier nichts unbeobachtet machen – ohne dass es die Polizei oder die Regierung mitbekommt. Wir werden alle kontrolliert.»

QUELLE: [Tagesschau.de](https://www.tagesschau.de) • DA 12-2022



Tamara Dávila, eine der freigelassenen und ausgeschafften politischen Gefangenen.

SÜDSUDAN – Beschwerde bei den Justizbehörden

Am 24. Februar reichte die Panafrikanische Anwaltsvereinigung beim Ostafrikanischen Gerichtshof (East African Court of Justice) eine Klage ein, um festzustellen, was



mit **Morris Mabior Awikjok Bak** geschehen ist. Der Kritiker der südsudanesischen Regierung hatte in Kenia Zuflucht gesucht und soll dort anfangs Februar willkürlich festgenommen worden sein. Anschliessend soll er gewaltsam in den Südsudan zurückgeschickt und in Isolationshaft genommen worden sein. Durch diese Beschwerde vor dem Ostafrikanischen Gerichtshof werden die südsudanesischen Behörden aufgefordert, Klarheit darüber zu schaffen, was mit Morris Mabior Awikjok Bak geschehen ist. Sollte er tatsächlich im Südsudan inhaftiert sein, müssten die Behörden sicherstellen, dass er regelmässig Zugang zu seiner Familie, einem Anwalt und einem Arzt erhält. Sofern er nicht wegen einer nach internationalem Recht anerkannten Straftat angeklagt ist, sollte er unverzüglich freigelassen werden.

Am 7. März hatte ACAT einen dringenden Appell an den Präsidenten Südsudans gerichtet und die Einleitung einer unabhängigen Untersuchung gefordert, um das Schicksal von Morris Mabior Awikjok Bak zu klären. Darüber hinaus forderten wir seine sofortige Freilassung, Schutz vor jeglicher Form von Folter und Misshandlung sowie Zugang zu Familienangehörigen und einem Rechtsbeistand seiner Wahl.

Am 7. März hatte ACAT einen dringenden Appell an den Präsidenten Südsudans gerichtet und die Einleitung einer unabhängigen Untersuchung gefordert, um das Schicksal von Morris Mabior Awikjok Bak zu klären. Darüber hinaus forderten wir seine sofortige Freilassung, Schutz vor jeglicher Form von Folter und Misshandlung sowie Zugang zu Familienangehörigen und einem Rechtsbeistand seiner Wahl.

QUELLE: [Amnesty International](#) • DA 03-2023

Schlechte Nachrichten

MYANMAR – Angriffskrieg gegen das Volk

Am 27. März kündigte Min Aung Hlaing, der Chef der Militärjunta, die in der Nacht zum 1. Februar 2021 die Macht an sich gerissen hatte, ein entschlossenes Vorgehen gegen «Terroristen» an. Dieser Begriff wird für die Mitglieder der National Unity Government verwendet, einer Untergrundregierung, die eine Alternative zu diplomatischen Beziehungen mit den Generälen bieten will. Die National Unity Government besteht aus Abgeordneten, die mehrere Monate vor dem Putsch gewählt wurden.

Im März stellte die UNO fest, dass die Gewalt im Nordwesten und Südosten Myanmars aufgrund von «wahllosen Luftangriffen und Artilleriebeschuss, Massenverbrennungen von Dörfern zur Vertreibung der Zivilbevölkerung und Verweigerung des humanitären Zugangs» zugenommen hat. Bei einem Luftangriff auf das Dorf Let Yet Kone wurde eine Schule getroffen und im Kachin-Staat im Nor-

den des Landes wurden bis zu 80 Zivilisten getötet. Die Armee führt einen Angriffskrieg gegen das eigene Volk. Im April hatte ACAT einen dringenden Appell veröffentlicht, in dem sie die Militärjunta aufforderte, die Hinrichtungen sofort einzustellen und das Moratorium für die Todesstrafe wieder in Kraft zu setzen. Wir verlangten ausserdem, die Personen freizulassen, die wegen der Ausübung ihres Rechts auf freie Meinungsäusserung inhaftiert sind, den Ausnahmezustand zu beenden und humanitären Organisationen den Zugang zum Land zu gewährleisten.

QUELLE: [Der Bund](#) • DA 04-2023

LITAUEN – Pushbacks legalisiert

Ende April hat das Parlament Litauens beschlossen, die Abweisung von illegal die Grenze überquerenden Migranten zu legalisieren. Damit wird die Praxis der «Pushbacks» formalisiert, die bereits seit Sommer 2021 an der Grenze zwischen Litauen und Belarus angewandt wurde.

Nur wenige Wochen vorher war der Ausschuss zur Verhütung von Folter des Europarats zum Schluss gekommen, dass Länder wie Litauen mit illegalen Pushbacks von Geflüchteten an der europäischen Grenze Praktiken angewendet haben, die den Tatbestand der Folter erfüllen.

ACAT verfolgt die Thematik der Pushbacks aufmerksam. Im Juli 2022 rief sie Polen in einem dringenden Appell dazu auf, diese Praxis an seinen Grenzen zu beenden.

QUELLEN: [Europarat](#), [Nau](#), [Amnesty International](#)
DA 07-2022, KAMP Karfreitag 2021

BELARUS – Journalist vorgeführt und «begnadigt»

Der frühere Regierungskritiker **Roman Protassewitsch** wurde Anfang Mai zu acht Jahren Haft verurteilt. Kurze Zeit später wurde er eigenen Angaben zufolge vom Präsidenten Alexander Lukaschenko begnadigt. Protassewitschs Festnahme im Mai 2021 hatte internationale Aufmerksamkeit erregt, als sein Flugzeug in Belarus zur Landung gezwungen wurde.

Protassewitsch wurde seit seiner Festnahme mehrmals im Staatsfernsehen vorgeführt. Dort gestand er seine Schuld und bezeugte seinen Respekt für Lukaschenko. Angehörige und Menschenrechtsexperten gehen davon aus, dass er diese Aussagen unter Druck und Folter machte.

Die Begnadigung wird als Zeichen dafür interpretiert, dass er nun auf Linie mit dem Regime ist und keine Bedrohung mehr darstellt. «So kann der Diktator seine vermeintliche Barmherzigkeit zur Schau stellen und gleichzeitig ande-



ren Oppositionellen zeigen, welcher unfassbare Druck ihnen in Haft drohen könnte», sagte der Auslandsredaktor Callum MacKenzie gegenüber SRF.

QUELLEN: SRF, Der Bund, BBC • KAMP Karfreitag 2022



IRAN – Erneut Demonstranten hingerichtet

Am 19. Mai wurden **Saeed Yaghoubi, Saleh Mirhashemi und Majid Kasemi** hingerichtet. Sie waren im November 2022 festgenommen worden, nachdem sie an Protesten in der Stadt Isfahan teilgenommen hatten. Menschenrechtsexperten berichten über fehlende Beweise gegen sie und schwere Folterungen. «Die schockierende Geschwindigkeit, mit der diese Männer in den Tod getrieben wurden, verdeutlicht die eklatante Missachtung des Rechts auf Leben und auf ein faires Verfahren durch die iranischen Behörden», schreibt Amnesty International. Seit Anfang der iranischen Massenproteste im September 2022 wurden bereits sieben Demonstranten gehängt. Mindestens 49 weiteren droht die Todesstrafe. Staatliche Sicherheitskräfte töteten mehr als 500 Demonstrierende (darunter 71 Kinder), verstümmelten unzählige weitere und machten sie blind, verhafteten mindestens 22 000 Personen und folterten und vergewaltigten Gefangene, darunter auch Kinder. Diese Gräueltaten wurden von Javaid Rehman, UNO-Sonderberichterstatter für den Iran, als Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnet. Quellen: [Center for Human Rights in Iran](#), [UNO](#), [Amnesty International](#) • DA 01-2023



Saeed Yaghoubi, Saleh Mirhashemi und Majid Kasemi

BR, EC, KDB

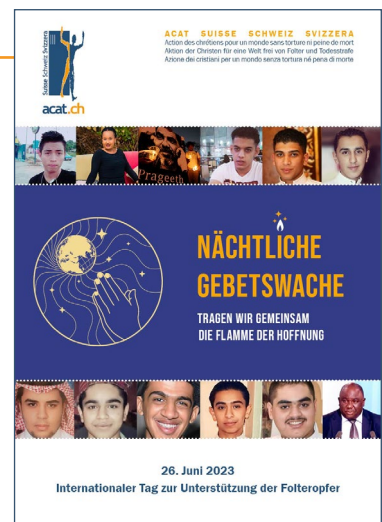
NÄCHTLICHE GEBETSWACHE

TRAGEN WIR GEMEINSAM DIE FLAMME DER HOFFNUNG

Der 26. Juni ist der internationale Tag zur Unterstützung der Folteropfer – ein Schlüsseldatum für die ACAT-Bewegung. Die Nächtliche Gebetswache, die am und um den 26. Juni stattfindet, schafft eine internationale Kette von Menschen, die die Opfer spirituell unterstützen.

Mehr zur diesjährigen Nächtlichen Gebetswache erfahren Sie auf www.acat.ch. Sie finden dort eine Broschüre, Plakate und weitere Infos. Die Menschen, die dieses Jahr – stellvertretend für viele andere – vorgestellt werden, können schriftlich kontaktiert werden.

→ bit.ly/Gebetswache-2023



Abkürzungen:

DA: Dringlicher Appell; FU: Follow-up ; KAMP: Kampagne; NGW: Nächtliche Gebetswache

FIACAT: Rückblick auf 2022

Unsere Dachorganisation FIACAT (internationale Föderation der ACAT) hat ein erfolgreiches Jahr 2022 hinter sich. Wir zitieren hier einige eindrückliche Zahlen aus ihrem Tätigkeitsbericht 2022.

- Einreichung von **10 Schattenberichten** zusammen mit nationalen ACATs (Benin, Burundi, Elfenbeinküste, Frankreich, Ghana, Niger, Schweiz, Tschad und Togo) bei der UNO und der ACHPR*.
- Beitrag zu **6 thematischen Berichten der UNO und der ACHPR** zu den Themen Todesstrafe, Menschenrechtsverteidiger und Folter.
- Mitorganisation von **6 Panels oder Parallelveranstaltungen bei der UNO und der ACHPR**.
- Mitorganisation einer **Anhörung von Präsident Paul Angaman durch das Europäische Parlament**. Das Thema lautete «die Afrikanische Union und ihre Mechanismen im Zusammenhang mit Menschenrechten und Demokratie».
- **Unterstützung von 11 ACATs bei ihren Plädoyers bei der ACHPR und der UNO** (Burundi, Kamerun, Kongo, Elfenbeinküste, Ghana, Liberia, Madagaskar, Mali, Tschad, Togo und Schweiz).
- Missbräuchliche Untersuchungshaft ist ein Hauptgrund für Überbelegung und Misshandlungen in vielen Gefängnissen. Im Rahmen von **Projekten gegen missbräuchliche Untersuchungshaft**, die von der FIACAT initiiert und begleitet wurden, haben ACATs aus der Demokratischen Republik Kongo, der Elfenbeinküste und Madagaskar im Jahr 2022:
 - ◇ 92 Gefängnisse besucht
 - ◇ 48 Advocacy-Treffen abgehalten



Mitarbeitende der FIACAT und von ACAT-Madagaskar.

BILD: FIACAT

ACAT-Elfenbeinküste hat 671 Fälle von missbräuchlicher Untersuchungshaft identifiziert. Diese wurden an die Anwälte des Projekts weitergeleitet.

ACAT-Kongo und -Madagaskar haben Anhörungen von über 900 Inhaftierten durchgeführt.

* African Commission on Human and Peoples' Rights (Afrikanische Kommission der Menschenrechte und der Rechte der Völker)



→ Den ganzen Tätigkeitsbericht 2022 der FIACAT finden Sie unter www.fiacat.org.

Tagung «Menschenrechte im Krieg» in Münster

Im September veranstaltet ACAT-Deutschland gemeinsam mit der Akademie Franz Hitze-Haus in Münster eine Tagung zum Thema «Menschenrechte im Krieg».

Krieg ist keinesfalls ein rechtloser Zustand. Die Durchsetzung von Recht im Krieg oder nach dem Ende des Krieges bleibt indes eine grosse Herausforderung. Internationale Gerichtshöfe spielen dabei eine zentrale Rolle. Auch die Zivilgesellschaft kann bei der Dokumentation und anschliessenden Verfolgung von Verbrechen ein wichtiger Faktor sein.

«Menschenrechte im Krieg»



Wann: 8. und 9. September 2023 • **Wo:** Münster, Deutschland • **Infos und Anmeldung:** acat-deutschland.de/aktuell

Alternativbericht an das CAT

Folter und Misshandlung: Die Schweiz muss sich verbessern

Wie ist die Situation in Bezug auf Folter und Misshandlung in der Schweiz? In einem kürzlich veröffentlichten Bericht nehmen ACAT-Schweiz und zwölf weitere NGOs eine Bestandsaufnahme vor. Der Bericht wird dem CAT, dem Ausschuss der Vereinten Nationen gegen Folter, vorgelegt.

Text: Etienne Cottier

Am 12. und 13. Juli wird der UNO-Ausschuss gegen Folter (CAT) zum achten Mal eine Überprüfung der Schweiz durchführen. Bei dieser Gelegenheit wird das CAT den Bericht analysieren, den die Schweiz 2019 über die Umsetzung ihrer menschenrechtlichen Verpflichtungen aus dem Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vorgelegt hat. Im Vorfeld dieser Prüfung haben ACAT-Schweiz sowie zwölf weitere NGOs einen eigenen Bericht über die Situation in Bezug auf Folter und Misshandlung in der Schweiz eingereicht. Dieser 88 Seiten lange, sogenannte Alternativbericht – «alternativ» zum Bericht der Schweizer Regierung – weist ins-

besondere auf gravierende Lücken in den Bereichen Haft, Asyl und Polizeigewalt hin. ACAT hat die Redaktion dieses Berichts koordiniert.

Haft: Zugang zu medizinischer Versorgung ist ein Problem

In Haftanstalten ist der Zugang zu medizinischer Versorgung besonders problematisch. Menschen, die an einer psychischen Störung leiden, werden häufig auf unbestimmte Zeit in einer Haftanstalt untergebracht und erhalten keine angemessene

Behandlung, was dazu führt, dass sich ihre Störung verschlimmert oder dass neue Störungen auftreten. Darüber hinaus ist die Suizidprävention eindeutig unzurei-

chend. Zwischen 2015 und 2021 gab es in der Schweiz 111 registrierte Todesfälle in Haft, von denen fast die Hälfte auf Suizid zurückzuführen war. Der krisenhafte Zustand, in dem sich Personen in Untersuchungshaft befinden, spiegelt sich auch in den Statistiken wider. Zwischen 2015 und 2021 nahmen sich 29 Personen das Leben in Untersuchungshaft; während der Vollstreckung einer strafrechtlichen Sanktion fanden 17 Selbstmorde statt.

Asyl: Istanbul-Protokoll unzureichend berücksichtigt

Im Bereich Asyl stellt die NGO-Koalition fest, dass das Handbuch zur wirksamen Untersuchung von Folter (Istanbul-Protokoll) in Asylverfahren unzureichend

Menschen, die an einer psychischen Störung leiden, werden häufig auf unbestimmte Zeit in einer Haftanstalt untergebracht und erhalten keine angemessene Behandlung.



berücksichtigt wird. Die Koalition forderte die Behörden daher auf, den erhöhten Beweiswert von Gutachten, die in Übereinstimmung mit dem Protokoll erstellt wurden, zu berücksichtigen. Ein weiterer problematischer Aspekt im Asylbereich betrifft die Verletzung des Non-Refoulement-Prinzips bei Dublin-Rückführungen und Rückführungen in einen sogenannten «sicheren Drittstaat». In diesem Kontext bewertet die Schweiz die Risiken der Asylsuchenden nicht systematisch individuell. Vielmehr verweisen die Behörden in vielen Fällen einfach auf die rechtlichen Verpflichtungen, an die der betreffende Staat gebunden ist. So befand das CAT zwischen 2019 und 2020 zweimal, dass die Schweiz nicht ausreichend festgestellt habe, ob die Beschwerdeführer als Folteropfer in Italien Zugang zu einer angemessenen Unterbringung und medizinischen Behandlung erhalten würden. Im Jahr 2020 musste der Ausschuss zudem eine Dublin-Rückführung von der Schweiz nach Polen vorübergehend abbrechen.

Gewalt durch die Polizei: Mangelnde Kontrolle

Im Bereich Polizeigewalt beklagt die Koalition, dass es immer noch keine Datenbank gibt, die Beschwerden gegen Polizeiangehörige erfasst. Dies ist umso besorgniserregender, als die Polizei die gegen die Polizeibeamten eingereichten Beschwerden nicht systematisch erfasst und die Daten auch nicht der Öffentlichkeit zugänglich macht. Eine Überwachung von Polizeigewalt durch Medien und Zivilgesellschaft ist daher unmöglich. Im Falle einer Beschwerde gegen einen Polizeiangehörigen fehlen häufig die Neutralität und Unabhängigkeit, die für eine ordnungsgemässe Untersuchung erforderlich wären. Ausserdem verzögern sich die Verfahren in der Regel erheblich. Zwischen beschuldigten Polizisten und Ermittlungsbehörden bestehen zudem häufig persönliche Bindungen. Die Koalition empfiehlt der Schweiz deshalb, in allen Kantonen unabhängige Mechanismen einzurichten, die befugt sind, Beschwerden über Polizeigewalt entgegenzunehmen und zu bearbeiten.

Der Alternativbericht der NGO-Koalition wurde am 12. Juni 2023 beim CAT eingereicht. ACAT-Schweiz und eine Delegation der Koalition werden die CAT-Mitglieder am 11. Juli bei den Vereinten Nationen in Genf treffen. ●

→ Den vollständigen Alternativbericht (auf Französisch) finden Sie unter bit.ly/CAT-Rapportalternatif2023.



Schweizer Menschenrechtsinstitution endlich aus der Taufe gehoben

Am 23. Mai 2023 wurde die Schweizer Menschenrechtsinstitution gegründet. Die Grundlage dafür war ein Beschluss des Bundesparlaments aus dem Jahr 2021. Die unabhängige Menschenrechtsinstitution hat die Aufgabe, zur wirksamen Umsetzung der Menschenrechte im Land beizutragen. Die Institution soll als Ansprechpartnerin zwischen den Behörden, der Politik und der Zivilgesellschaft auf nationaler und internationaler Ebene fungieren. Sie kann in den Bereichen Forschung, Monitoring, Politikberatung, Sensibilisierung und Lobbying tätig sein. An der Gründungsversammlung wurde ACAT-Schweiz Mitglied der neuen Institution.

Während über zwanzig Jahren forderten rund hundert NGOs, darunter ACAT-Schweiz, die Schaffung einer nationalen Menschenrechtsinstitution (NMRI) in der Schweiz. Im Jahr 1994 hatte die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Pariser Prinzipien verabschiedet, welche Leitlinien für die Gestaltung einer NMRI festlegen. Gemäss diesen Grundsätzen müssen mehrere Kriterien erfüllt sein, damit eine solche Institution wirksam sein kann: eine rechtliche Grundlage, ein klares Mandat, völlige Unabhängigkeit, eine pluralistische Vertretung, die auch die Zivilgesellschaft einschliesst, sowie eine ausreichende Infrastruktur und Finanzierung. Beim letzten Punkt liegt das Problem. Denn in ihrem Gesetzentwurf haben Parlament und Regierung beschlossen, der Institution für die ersten vier Jahre lediglich einen jährlichen Betrag von einer Million Franken bereitzustellen (zusätzlich zu den Infrastrukturbeiträgen der Kantone in unbestimmter Höhe). Die finanziellen Ressourcen sind somit viel geringer als jene vergleichbarer Staaten, die zudem ein niedrigeres Lohnniveau haben und in der Regel nicht mit den Herausforderungen der Mehrsprachigkeit und des Föderalismus umgehen müssen.

Nichtsdestotrotz ist die Gründung der NMRI in der Schweiz zu begrüssen. Dies ist ein wichtiger Schritt in Richtung eines verstärkten Schutzes der Grundrechte, der zwei Jahrzehnte Advocacy-Arbeit der Schweizer NGOs bei den Behörden abschliesst. Wir werden uns auch in Zukunft für eine angemessene Finanzierung einsetzen, damit die Institution im Einklang mit den Pariser Prinzipien unabhängig arbeiten kann. EC



Der Vorstand der neuen Schweizer Menschenrechtsinstitution

«Jedes Jahr muss ich zusehen, wie ein oder zwei Jugendliche sterben»

In der kamerunischen Hauptstadt Yaoundé bleiben Jugendliche Monate oder sogar Jahre in «Untersuchungshaft». Untersucht wird in dieser Zeit aber gar nichts – weder ihre Gerichtsakte, noch ihre Gesundheit, wenn sie im Gefängnis krank werden. Florence Ngo Hongla, Leiterin unseres Projektpartners EMINED, begleitet die Jugendlichen. Im Interview berichtet sie über den Alltag im Gefängnis und erklärt, wie der EMINED-Anwalt die Minderjährigen wieder frei kriegt.

Interview: Katleen De Beukeleer

ACAT-Schweiz – Ein Kind im Gefängnis: schwer vorstellbar. Was haben diese Kinder getan, um im Gefängnis zu landen?

Florence Ngo Hongla – Die meisten Jugendlichen sind wegen einfachen Diebstahls dort, zum Beispiel weil sie ein Handy oder etwas zum Essen gestohlen haben. Einige Jugendliche sind sogar im Gefängnis, weil sie keine Identitätskarte besitzen. Dies ist oft bei Waisenkindern der Fall, für die nie eine Geburtsurkunde ausgestellt wurde. Manchmal haben wir auch Minderjährige, die Verbrechen begangen haben, aber das ist wirklich nur die Minderheit. In der Regel stammen die Jugendlichen, es sind fast ausschliesslich Buben, aus armen Familien, die unter erbärmlichen Bedingungen leben. Diese Familien sind oft nicht in der Lage, ihren Kindern im Gefängnis zu helfen: Sie können ihnen weder einen Anwalt, noch Essen oder andere dringend benötigte Dinge bezahlen.

Wird das Essen nicht vom Gefängnis zur Verfügung gestellt?

Das Gefängnis bietet nur eine Mahlzeit pro Tag an, und es gibt jeden Tag das gleiche Menü: Mais mit Bohnen, oder Reis und eine Suppe mit gerös-

Im April war Florence Ngo Hongla in der Schweiz zu Besuch. Für Mitglieder und Interessierte organisierte ACAT-Schweiz zwei Begegnungen mit ihr in Bern und Neuenburg.



teten Erdnüssen. Manchmal wird ein wenig getrockneter Fisch hinzugefügt, um den Geschmack zu verbessern. Das war's. Dieser tägliche Speiseplan verursacht Mangelernährung und Krankheiten. Viele Jugendliche entwickeln Sehstörungen und bleiben aufgrund des Nährstoffmangels klein. Wir versuchen, so viel wie möglich zu helfen, und zu Weihnachten gibt es immer eine Feier mit einer ausgewogenen Mahlzeit. Doch die Ressourcen von EMINED reichen nicht aus, um jeden Tag gute Mahlzeiten zu finanzieren.

Werden die Jugendlichen behandelt, wenn sie krank sind?

Es gibt nur einen einzigen Allgemeinmediziner für das gesamte Gefängnis, in dem über 4000 Häftlinge untergebracht sind. Die Gefängnisapotheke ist so gut wie leer. Konsultationen bei Fachärzten sind sehr selten, da sie in der Regel zu teuer sind.

... Und wenn schwere Krankheiten nicht behandelt werden ...

Jedes Jahr muss ich zusehen, wie ein oder zwei Jugendliche sterben. Sie werden zwar ins Krankenhaus gebracht, aber erst im letzten Moment, wenn oft nichts mehr für sie getan werden kann. Es ist extrem schwer, die Jugendlichen leiden und weinen zu sehen, sie brauchen uns,

sie nennen mich ‚Maman EMINED‘. Aber trotz meiner Liebe zu ihnen auf der einen Seite und der Wut auf das System auf der anderen musste ich eine unsichtbare Mauer um mich herum bauen – sonst hätte ich aufgehört zu kämpfen.

Welche weiteren Probleme gibt es in Kondengui?

Die Überbelegung bleibt ein Hauptproblem, das viele andere verursacht. Das Gefängnis Kondengui, das für 800 Gefangene ausgelegt ist, beherbergt mehr als 4000 Menschen. Die hygienischen Bedingungen sind miserabel. Eine einzige Zelle von zwölf Quadratmetern muss von etwa zehn Personen geteilt werden. Manchmal haben die Häftlinge nicht einmal eine Matratze zum Schlafen.

Was ist die Ursache für diese Überbelegung?

Eine der Ursachen ist die grosse Zahl von Gefangenen, die sich in Untersuchungshaft befinden, die also noch nicht verurteilt wurden. Im Jugendtrakt befinden sich 90 Gefangene in Untersuchungshaft, von insgesamt 130 Insassen. Laut Gesetz ist die Untersuchungshaft auf sechs Monate begrenzt und alle Häftlinge haben das Recht, von einem Pflichtverteidiger vertreten zu werden. Die meisten Anwälte weigern sich jedoch, diese Arbeit zu übernehmen, da sie kaum bezahlt werden. Die Akten stapeln sich, die Gefangenschaft zieht sich in die Länge. Manchmal werden die Gerichtsdossiers der Jugendlichen mangels eines Anwalts aufgegeben, oder sie gehen sogar verloren. Manche Jugendliche bleiben wegen eines einfachen Diebstahls drei oder vier Jahre im Gefängnis. Auch in diesem Bereich ist EMINED aktiv: Unser Anwalt sorgt dafür, dass die Jugendlichen vor Gericht gestellt werden.

Ein einziger Anwalt für 130 Jugendliche: Er muss wohl eine Auswahl treffen?

Mit dem von ACAT gesammelten Geld kann unser Anwalt die Fälle von etwa vierzig Jugendlichen pro Jahr bearbeiten. Sie kommen in der chronolo-

gischen Reihenfolge ihrer Ankunft im Gefängnis dran. Sobald der Anwalt die betreffende Akte ausfindig gemacht hat, setzt er das Gerichtsverfahren wieder in Gang und sorgt dafür, dass der Jugendliche so schnell wie möglich vor Gericht gestellt wird. Viele Jugendliche werden zu einer Geldstrafe verurteilt. Wenn sie diese nicht bezahlen können, wie es häufig der Fall ist, verlängert sich ihre Haft um drei bis sechs Monate. Vor kurzem wurde ein Junge, der ein Handy gestohlen hatte, zu einem Jahr Haft und einer Geldstrafe verurteilt. Trotz der Tatsache, dass er vor seinem Urteil bereits zwei Jahre im Gefängnis verbracht hatte, musste er seine Geldstrafe bezahlen.

Existieren auch gemeinnützige Strafen?

Theoretisch ja, aber sie werden nie angewendet. Kamerun hat gute Gesetze, aber sie bleiben oft toter Buchstabe. In den zwanzig Jahren, in denen ich diese Arbeit mache, habe ich keine einzige Veränderung gesehen.

«Den Jugendlichen ist es nicht erlaubt, zu telefonieren. Die Behörden informieren die Familien nie über beschlossene Massnahmen. Deshalb übernehmen die NGOs diese Aufgabe. Nur wenn es Geldstrafen zu zahlen gibt, werden die Familien kontaktiert.»

Wie ist der Kontakt zu den Familien der Jugendlichen?

Den Jugendlichen ist es nicht erlaubt, zu telefonieren. Die Behörden informieren die Familien nie über beschlossene Massnahmen. Deshalb

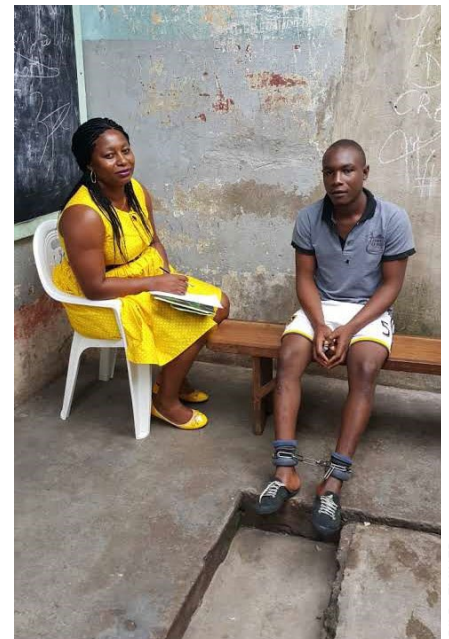


BILD: EMINED

«Sie nennen mich ‚Maman EMINED‘: Seit zwanzig Jahren arbeitet Florence Ngo Hongla im Kondengui-Gefängnis in Yaoundé.

übernehmen die NGOs diese Aufgabe. Nur wenn es Geldstrafen zu zahlen gibt, werden die Familien kontaktiert. Aber es gibt in Kondengui auch Minderjährige, die keine Familie haben. Für einige von ihnen ist es sogar eine Erleichterung, dass sie ins Gefängnis kommen können. Sie fühlen sich dort besser geschützt als draussen, wo sie von jedem getötet werden können.

Gibt es Gewalt innerhalb des Gefängnisses?

Die Jugendlichen werden manchmal von den Wärtern misshandelt: Sie werden tagelang angekettet oder in sogenannte ‚Disziplinarzellen‘ gesperrt. Dagegen gibt es unter den Jugendlichen so gut wie keine Gewalt. Sie sind ständig auf der Suche nach Hilfe und versuchen, sich gegenseitig zu helfen.

Wird die Arbeit von EMINED geschätzt?

Ja, wirklich alle Jugendlichen schätzen uns. Kleine Massnahmen wie die Ernennung eines ‚Sauberkeitschefs‘ für jede Zelle fördert die Verantwortung jedes Einzelnen. Alle Minderjährigen müssen im Gefängnis zur Schule gehen, die ebenfalls

von NGOs organisiert wird und ihnen eine Struktur gibt. Der Unterricht wird von Häftlingen erteilt. Zusätzlich bieten wir Computer-, Schuhmacher- und Nähworkshops an. Die Jugendlichen stellen Gegenstände wie Rucksäcke, Einkaufstaschen oder Sandalen her, die sie an andere Gefangene und Besucher verkaufen. Mit den Einnahmen können sie sich etwas zu essen kaufen.

Werden die Jugendlichen in der Schule und in den Werkstätten gut auf die gesellschaftliche Wiedereingliederung nach ihrer Entlassung vorbereitet?

Die jugendlichen Gefangenen haben einen grossen schulischen Rückstand, aber nicht wenige von ihnen schaffen es trotzdem, die Schulprüfungen zu bestehen. Manchmal müssen wir erst alle finanziellen und administrativen Schritte unternehmen, um ihnen eine Identitätskarte zu besorgen, ohne

die sie sich nicht für die Prüfungen anmelden können.

Für Jugendliche, die keine Unterstützung von ihrer Familie haben, ist die Wiedereingliederung schwierig. Häufig kehren sie nach Kondengui zurück; sie werden als «Wiederholungstäter» bezeichnet. Auf der anderen Seite haben wir viele Schicksale gesehen, die sich zum Guten gewendet haben: Jugendliche, die mit einer Ausbildung aus dem Gefängnis entlassen werden, eine Arbeit finden und beschliessen, nie wieder ins Gefängnis zurückzukehren. Es gibt für mich kein schöneres Geschenk, als zu sehen, wie junge Menschen lernen, auf eigenen Füßen zu stehen. •



EMINED

EMINED, Encadrement des Mineurs en Détention, bedeutet auf Deutsch «**Begleitung Minderjähriger in Haft**». EMINED ist eine durch den Staat Kamerun anerkannte Nichtregierungsorganisation.

Florence Ngo Hongla und ihre Assistentin sind die einzigen Angestellten von EMINED. Sie werden von zahlreichen Freiwilligen unterstützt. Der Anwalt von EMINED arbeitet auf Mandatsbasis.

Seit der Gründung im Jahr 2004 durch Pierre Eoné ist EMINED **Projektpartner von ACAT-Schweiz**, die die Rechtshilfe für minderjährige Gefangene finanziell unterstützt. Alle zwei Jahre im Herbst organisiert ACAT-Schweiz eine Spendensammlung für EMINED.

Der grosse Wunsch von EMINED ist es, die bisherigen Aktivitäten auszuweiten und weitere Bereiche zu integrieren.

Ihre Spenden sind jederzeit willkommen:



ACAT-Schweiz, 3011 Bern
mit Vermerk «EMINED»
IBAN CH16 0900 0000 1203 9693 7

→ Mehr zu EMINED:
acat.ch/de/projekte/emined

Einige Beispiele, was Ihre Spende bewirken kann:

- ◆ Mit 50 Franken kann der Anwalt im Erstgespräch mit dem Jugendlichen die Situation abklären und ein Dossier eröffnen.
- ◆ Mit 100 Franken kann die Busse für einen Jugendlichen bezahlt werden. Ein verlängerter Gefängnisaufenthalt kann so verhindert werden.
- ◆ Mit 225 Franken kann EMINED die juristische Hilfe und Vertretung für einen Jugendlichen durch einen Anwalt finanzieren.

→ In Kamerun und in vielen weiteren Ländern Afrikas ist die missbräuchliche Untersuchungshaft mit ein Grund für die Überbelegung in den Gefängnissen.

Diese Überbelegung führt oft zu unmenschlichen Haftbedingungen. Seit 2014 führt die FIACAT (internationale Föderation der ACAT) deshalb Projekte durch, die der missbräuchlichen Untersuchungshaft entgegenwirken. Mehr zur FIACAT erfahren Sie auf Seite 7.



ILLUSTRATION: J.L.G. auf Pixabay

Nachruf auf Mario Oppizzi

In seinem 81. Lebensjahr ist Mario Oppizzi am 1. April 2023 in Freiburg verstorben. Als Assistent der damaligen Generalsekretärin arbeitete Mario von 1985 bis 1997 bei ACAT-Schweiz und prägte damit die Anfangszeiten unserer Organisation. Der gelernte Laborant fand bei ACAT eine Stelle, die seinem grossen Herz für Menschen entsprach. Menschenrechtsverletzungen in fernen Ländern beschäftigten ihn sehr, und der Einsatz dagegen motivierte ihn für seine Arbeit. Doch er war auch aufmerksam auf Missstände in unserem eigenen Land und setzte sich mit grossem Engagement für ein grosszügiges Asylrecht ein sowie für abgewiesene Asylsuchende, denen bei der Rückschaffung in ihr Herkunftsland Folter oder Gefängnis drohte.

Über seinen Austritt und seine Pensionierung hinweg blieb Mario den ACAT-Anliegen und insbesondere Yavuz Binbay und seiner Organisation SOHRAM in der Türkei verbunden.

Manch langjährigem Mitglied klingt wohl noch Marios warme, sonore Stimme im Ohr nach, die nun verstummt ist. Danke, Mario, für dein grosses Herz für die Unterdrückten und Benachteiligten in aller Welt! BR

Nachruf auf Marie-Jeanne De Waegemaeker

Nach dem Tod ihres Mitglieds Marie-Jeanne De Waegemaeker hat die ACAT-Gruppe der Veveyse sie mit folgendem Brief geehrt, der an der Trauerfeier verlesen wurde:

«Auf Wiedersehen Marie-Jeanne, unsere kleine Fee, du wirst für uns ein Vorbild der Bescheidenheit, der Güte und der Frömmigkeit bleiben. Deine Pünktlichkeit und deine Perfektion in allen Dingen waren dein Gepäck, aus dem Humor, gute Laune und eine grosse Sanftheit hervorgingen.

Lange Zeit warst du die Verantwortliche unserer ACAT-Gruppe, die für dich ein bisschen wie deine Familie war. Deine Hingabe war in jeder Hinsicht tadellos und mit deinem grossen Herzen warst du immer für andere da.

Viele Gefangene haben dank den Briefen, die sie von dir erhielten, wieder Lebensmut gefasst und Hoffnung geschöpft.

Du hattest eine unermüdliche künstlerische Ader, die sich zeigte, wenn du Kerzen und Grusskarten mit den Blütenblättern deines Gartens verziertest. Glück, das du überall verteilt hast.

Marie-Jeanne, du wirst für uns alle das Vorbild einer lebhaften Person bleiben, die allen ihre Liebe schenkt.

Wie der Heilige Franz von Sales verkündete:

«Alles aus Liebe, nichts aus Zwang.»

Wir vermissen dich schon, kleine Marie-Jeanne.

Deine ACAT-Familie»



BILD: ACAT-Gruppe Veveyse

Marie-Jeanne De Waegemaeker, 1937-2023, wirkte in der ACAT-Gruppe Veveyse mit, die sie rund 20 Jahre lang leitete.

Zeugenaussage

«Die Han-Chinesen haben sich bei meinen Eltern zu Hause eingenistet»

Die gebürtige Uigurin Gulnar Mamtimin lebt seit 23 Jahren in der Schweiz. Ihre Heimat ist die chinesische Provinz Ostturkestan. Sie erzählt, welche unvorstellbaren Menschenrechtsverletzungen China an den Mitgliedern ihrer Verwandtschaft verübt. Niemand wird verschont.



« Ich möchte Ihnen eine Geschichte über meine Familie erzählen. Was ich erzähle, mag für Sie unwirklich klingen. Aber alles, was ich sage, ist wahr.

Noch vor sechs Jahren erzählte ich anderen wie in einem Märchen ohne Happy End: Meine Grosseltern stammen aus einer sehr reichen Familie. Die Kommunistische Partei bestrafte meine Grosseltern (die Eltern meines Vaters) als Landbesitzer und schickte sie ins Exil. Durch zu harte Arbeit und schlechte Bedingungen sind sie früh gestorben.

Im Jahr 2001 kannte ich einen zwanzigjährigen Jungen, dem sechs Monate nach seiner illegalen Verhaftung die inneren Organe entnommen und dessen Körper der Familie zurückgegeben wurde. Unter massiver Polizeibegleitung wurde er sofort beerdigt.

Die Schwangerschaft der Nachbarin meiner Eltern, Reyhangul, wurde im neunten Monat gewaltsam abgebrochen. Ich kenne viele Frauen, die haben abtreiben lassen. Manche von ihnen wurden gezwungen, einen Arzt aufzusuchen. Gezwungen wurde man nicht etwa durch die Polizei oder durch die Behörden direkt, sondern durch die drohenden Strafen bei Fortführung der Schwangerschaft. Ich habe 1998 eine zweimonatige Schwangerschaft im Bruderholzspital in Basel abrechnen lassen, als ich meinen Mann in Basel besuchte. Sonst wäre ich bei der Rückkehr nach Urumqi hart bestraft worden und man hätte mich trotzdem abtreiben lassen. Mein erster Sohn war noch keine drei Jahre alt. Dieses Alter hätte er erreicht haben müssen, damit ich die zweite Schwangerschaft hätte weiterführen dürfen. Bis heute bereue ich diese Entscheidung.

Die Schwester meiner Klassenkameradin, Mirwangul hiess sie, war im Gefängnis, weil sie anderen den Koran beigebracht hatte. Ich sah sie im April 2015, nach ihrer

«Wie mein Vater starb und wo er begraben wurde, weiss ich nicht.»

Entlassung. Sie sass zusammengekauert am Bettrand; ihre Körperhaltung sah aus wie der griechische Buchstabe Omega. Ich wollte sie nicht fotografieren. Ich hatte Angst, dass die Polizei mein Telefon kontrollieren und mir Ärger machen würde. Es war üblich, dass die Polizei jedes Telefon durchsuchte, wo immer sie es für richtig hielt. Mirwangul starb kurze Zeit später.


Meine Klassenkameradin, die Schwester von Mirwangul, habe ich bei meinem Besuch im Jahr 2016 nicht mehr gesehen, da sie für zehn Jahre eingesperrt worden war. Auch ihre Mutter starb im selben Jahr vor Schmerz.

Im Sommer 2015 wurden mein Schwager und dreissig weitere Personen zu einer Haftstrafe verurteilt, weil sie zusammen die monatliche uigurische Teeparty gefeiert und den Ramadan begangen hatten. Alle wurden zu vier bis siebzehn Jahren Gefängnis verurteilt. Mein Schwager erhielt zehn Jahre.

Ich erinnere mich, dass ich im Juli 2017 meine Familie angerufen habe. Da war meine Mutter am Telefon: «Meine Liebe, uns geht es gut, die Polizei hat gesagt, dass wir

i

Die turksprachige, mehrheitlich muslimische Minderheit, die in der chinesischen Provinz Ostturkestan («Xinjiang» auf Chinesisch) lebt, ist seit Jahren schweren Repressionen ausgesetzt. Immer mehr Expert:innen bezeichnen dies als Völkermord. ACAT-Schweiz beleuchtete die Situation in Ostturkestan in ihrer Karfreitagskampagne 2021.



KARTE: TUBS, CC BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons

BILD: Gulnar Mamtimin



Gulnar Mamtimin:

«Die vier Frauen auf diesem Bild sind meine Mutter und meine Tanten. Sie sind alle zwischen 64 und 75 Jahre alt und waren als Krankenschwestern tätig.

Die erste Frau von der linken Seite ist die Frau meines Onkels. Sie spricht Chinesisch als Muttersprache. Sie wurde Leiterin eines privaten Krankenhauses. Sie wurde im Jahr 2018 verhaftet und zu einer Gefängnisstrafe von 25 Jahren verurteilt. Mit Hilfe ihrer Tochter und ihrer Schwester in der Türkei wurde sie vor drei Jahren aus dem Gefängnis entlassen. Aber sie ist zu Hause in Isolation.

Die zweite Frau von links ist meine Mutter. Rechts daneben steht ihre Schwester. Sie wurde zu siebzehn Jahren Gefängnis verurteilt. Vor zwei oder drei Monaten habe ich gehört, dass sie aus dem Gefängnis entlassen wurde, um Krebs behandeln zu lassen.

Die Frau ganz rechts ist die Frau meines anderen Onkels. Sie ist seit November 2019 verschwunden. Ich weiss nicht, wo sie jetzt ist. Ihr Sohn, mein Cousin, ist ebenfalls verschwunden.»

uns eine Weile nicht melden sollen.» Sie legte auf. Unsere normale Kommunikation war von diesem Tag an zu Ende. Ich habe meine Eltern verloren. Ich fühle mich wie jemand, der sein Kind verloren hat. Am 27. April 2018 rief ich ein letztes Mal nach Hause an. Mein Vater sagte mir, ich solle nie mehr nach Hause kommen und legte auf. Das war das letzte, was ich jemals von meinem Vater gehört habe.

Mein Vater musste seine Familie verlassen, als er fünf Jahre alt war. Sein ganzes Leben lang hatte er Angst vor den Chinesen und vermied es, mit ihnen zu verkehren. In seinen letzten Lebensjahren wurde er von seinen Kindern getrennt und gezwungen, mit Han-Chinesen unter einem Dach in Angst und strenger Kontrolle zu leben. Die Han-Chinesen haben sich als Verwandte ausgegeben und sich bei meinen Eltern zu Hause eingenistet. Er ist im Jahr 2018 in einer sehr einsamen Situation gestorben. Wie er starb und wo er begraben wurde, weiss ich nicht. Über den Bruder und die Schwester meines Vaters und ihre Familien weiss ich nichts.

Mein Bruder wurde im August des Jahres 2017 in ein Lager gebracht. Der Grund für seine Internierung war die Reise meiner Eltern nach Istanbul im Jahr 2009. Da meine Eltern zu alt und schwach für die Lager waren, wurde mein Bruder an ihrer Stelle eingesperrt. Meiner Meinung nach war er zwei Jahre lang im Lager. Nach meinen Informationen ist er jetzt Lastwagenfahrer und ist schon ein Roboter aus Fleisch und Blut geworden.

Meine Mutter hatte insgesamt sieben Geschwister. Aus jeder Familie wurde mindestens eine Person inhaftiert, und mehrere von ihnen haben die sogenannte «Umerziehung» durchlaufen. Von unserem Verwandtschaftskreis weiss ich, dass um die dreissig Personen inhaftiert wurden. Das sind nur die, von denen wir wissen.

Es ist sieben Jahre her, als ich meine Mutter und meine Verwandten das letzte Mal gesehen habe. Zwei Jahre lang habe ich keine Informationen mehr über sie erhalten. Meine Mutter, die 75 Jahre alt ist, leidet an hohem Blutdruck und Diabetes. Sie wird immer älter und ich bringe meine Tage mit Sehnsucht nach ihr und Sorge um

sie. Mittlerweile konnte ich über indirekte Kanäle sehen, dass meine Mutter noch lebt. Aber ich weiss nicht, wie sie lebt, und reden konnte ich nie mehr mit ihr.

Ich weiss nicht, wie viele schmerzliche Geschichten ich Ihnen erzählen kann. Viele Jahre lang habe ich geschwiegen und mich nicht an der Politik beteiligt. Die Realität zwang mich, zu sprechen. Warum habe ich mich entschlossen, Ihnen meine Geschichte zu erzählen? Um Sie vor China zu warnen. Damit unsere Kinder in Zukunft nicht von China abhängig sind.» •

→ Gulnar Mamtimin hat diesen Text vorgelesen an der Veranstaltung «Uigur*innen erzählen. Volkserzählungen und politischer Kontext in Ostturkestan». Der Anlass wurde von ACAT-Schweiz, der Gesellschaft für Bedrohte Völker, Justice for Uyghurs und Uyghur Academy, sowie von den Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn gemeinsam organisiert. Er fand am 24. Mai 2023 in Bern statt.

Der Vorstand sucht Verstärkung

ACAT-Schweiz sucht positiv eingestellte Macherinnen und Macher, die gläubig sind oder ein «humanistisches» christliches Engagement mitbringen wollen, um ihnen einen Platz im ehrenamtlichen Vorstand anzubieten.

Voraussetzungen:

- Fähigkeit und Lust, mit Einfallsreichtum und Wohlwollen in einem Team zu arbeiten.
- mindestens passive Beherrschung der beiden Arbeitssprachen (Deutsch und Französisch).
- Interesse, die eigenen Kenntnisse und Motivation im Tandem mit einem Mitglied der Geschäftsstelle in einen der folgenden Bereiche einzubringen:
 - ◇ Kommunikation und soziale Netzwerke
 - ◇ Recht
 - ◇ Finanzen
 - ◇ Management
 - ◇ internationale Netzwerke (FIACAT)

Ort: Die Sitzungen finden in Bern statt (Nähe Bahnhof) oder in Ausnahmefällen online.

Amtsantritt: so bald wie möglich.

Fragen / Bewerbungen / Kontakt:

Christine Morerod, Präsidentin
ch.morerod@acat.ch

Bettina Ryser, Generalsekretärin
b.ryser@acat.ch, +41 (0)31 312 20 44



Der Vorstand und die Geschäftsstelle danken herzlich für Ihr Engagement und wünschen Ihnen friedliche und erholsame Sommertage.



GEBET

Bewahre uns, Gott, behüte uns, Gott,
sei mit uns auf unsern Wegen.

Sei Quelle und Brot / in Wüstennot,
sei um uns mit deinem Segen.

Bewahre uns, Gott, behüte uns, Gott,
sei mit uns in allem Leiden.

Voll Wärme und Licht / im Angesicht,
sei nahe in schweren Zeiten.

Bewahre uns, Gott, behüte uns, Gott,
sei mit uns vor allem Bösen.

Sei Hilfe, sei Kraft, / die Frieden schafft,
sei in uns, uns zu erlösen.

Bewahre uns, Gott, behüte uns, Gott,
sei mit uns durch deinen Segen.

Dein Heiliger Geist, / der Leben verheisst,
sei um uns auf unsern Wegen.

Aus «Alléluia», Editions Olivétan (62-84)



IMPRESSUM

Herausgeberin ACAT-Schweiz **Redaktion** Etienne Cottier (EC, Dringliche Appelle, e.cottier@acat.ch), Katleen De Beukeleer (KDB, Leitung, k.debeukeleer@acat.ch), Gulnar Mamtamin, Christine Morerod (ChM), Bettina Ryser Ndeye (BR), Yvette Spicher (YS)

Gestaltung Katleen De Beukeleer **Bilder** Wenn nicht anders angegeben: ACAT-Schweiz **Übersetzung** ACAT-Schweiz **Druck** Funke Lettershop AG, Zollikofen **Nächste Ausgabe** September 2023

ACAT-Schweiz – Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter
Speichergasse 29 • CH-3011 Bern
Tel. +41 (0)31 312 20 44 • www.acat.ch • info@acat.ch
IBAN: CH16 0900 0000 1203 9693 7

f ACATSuisse @ acat_ch acat_ch



Ihre Spende
in guten Händen.